

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 06 86 846 pabr d



Inhalt

Hermann Heinemann, SPD-Vorstandsmitglied: Unser Wahlkampf-Auftakt wurde verschwiegen. Seite 1

Walter Polkohn MdB zur Freilassung Lech Walesas. Seite 2

Wolf-Michael Catenhusen MdB warnt vor einer Austrocknung der Friedensforschung. Seite 3

Manfred Schmidt MdB erläutert den SPD-Gesetzentwurf gegen die Verharmlosung des Völkermordes der Nazis. Seite 5

Hermann Buschfort MdB fürchtet um die Behinderten-Politik. Seite 6

Brunhilde Peter MdL, AsF-Vorstandsmitglied, plädiert für mehr Hellhörigkeit gegenüber den Forderungen der Frauen an die Politik. Seite 7

37. Jahrgang / 217

15. November 1982

Auf dem Weg zum Schwarzfunk

Sozialdemokraten werden in der Funk-Berichterstattung benachteiligt

Von Hermann Heinemann
SPD-Vorstandsmitglied

Seit Jahren beobachte ich nun schon, wie von der CDU/CSU auf Mitarbeiter der Rundfunk- und Fernsehanstalten Druck ausgeübt wird; wie über Jahre versucht wird, eine einseitige konservative Personalpolitik zu betreiben, um auf diesem Wege zu einer wohlgewogenen Berichterstattung im Fernsehen zu gelangen. Ich bin mittlerweile überzeugt, daß sich dieser ständige Druck der Konservativen auf die Arbeit von Journalisten auch auswirkt. Wenn ich Konservative sage, so meine ich auch die Genscher-Partei, die es von allen Parteien über Jahre hinweg am besten verstanden hat, ihre Leute im Medienbereich, freilich auch anderswo in leitende Positionen zu bugsieren. Von diesen ist wohl über Jahre hin die konsequenteste einseitige Personalpolitik betrieben worden.

Ich will meine Behauptung an einem Fall erläutern: Am Beispiel des Nordrhein-Westfalen-Tages der Sozialdemokraten vom vergangenen Samstag in Dortmund. Im Mittagmagazin wurde seitens des WDR diese Veranstaltung nicht erwähnt, den Bürgern unterschlagen - was ich als ganz bewußt gegen die Sozialdemokraten gerichtet werten muß. Zweitens: Nachmittags und spätabends in den ARD-Nachrichten des Fernsehens mußte ich feststellen, daß die Sozialdemokraten, die mit ihrer gesamten Spitze in Dortmund vertreten waren, um dort ihren Wahlkampf zu eröffnen, lediglich Standbilder, mal Willy Brandt, mal Hans-Jochen Vogel, für Wert befunden wurden, während von den Grünen eine ausführliche Berichterstattung ihrer Konferenz in Hagen über die Bildschirme flimmerte.

Die große demokratische Partei SPD fand sich lediglich in einem Kurzvermerk wieder, während über die Grünen recht ausführlich berichtet wurde. Auch hier dokumentiert sich für mich ein Stück Einseitigkeit des Westdeutschen Rundfunks, der ARD-Anstalten, und ich meine, daß sich der Westdeutsche Rundfunk immer mehr zu einer schwarzen Welle entwickelt. Die Sozialdemokraten sehen darin eine unerträgliche Verschiebung der Wirklichkeit in unserem Lande.

(-/15.11.1982/ks/va)

Produktion: Utopia
auf wertvollen Rohstoffen
Kreuzkopf-Papier



Lech Walesa ist frei

Hoffnung auf Beendigung des Kriegsrechts in Polen

Von Walter Polkehr MdB

Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Bundestagsfraktion

Ich will nicht darüber spekulieren, warum der 2. Jahrestag der Zulassung der polnischen Gewerkschaft "Solidarität" in Polen ohne die angekündigten Streiks und ohne große Zwischenfälle verlaufen ist. Staatliche Übermacht, Resignation oder die Einsicht, daß Straßenschlachten zu nichts führen, mögen die Ursachen sein. Auf jeden Fall haben sich beide Seiten von Vernunft leiten lassen. Ebenso erfreulich ist die Freilassung von Lech Walesa.

All dies läßt hoffen - ebenso wie die Ankündigung des Papstbesuches im nächsten Jahr -, daß die Aufhebung des Kriegsrechts in Polen bevorsteht.

Damit würde ein düsteres Kapitel polnischer Geschichte ein Ende finden. Den Polen wäre endlich die Chance gegeben, die notwendigen Reformen zur Wiederbelebung der darniederliegenden Wirtschaft verstärkt fortzuführen. Für den Westen wären damit die Voraussetzungen geschaffen, mit Polen in ein neues Gespräch über Möglichkeiten humanitärer und wirtschaftlicher Hilfe einzutreten.

(-/15.11.1982/ks/va)

+ + +



Kohl will die Friedensforschung kippen

Die Sozialdemokraten werden sich gegen die Austrocknung dieser Forschungs-Disziplin wehren

Von Wolf-Michael Catenhusen MdB

Mitglied im Bundestagsausschuß für Forschung und Technologie

Zwölf Jahre nach Gründung der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung auf Initiative von Gustav Heinemann besteht für die SPD unverändert die Notwendigkeit der öffentlichen Förderung unabhängiger Friedens- und Konfliktforschung. Die Brüchigkeit überkommener Sicherheitskonzepte und die Gefahren des Nord-Süd-Konfliktes - beides Themen der Friedensforschung seit vielen Jahren - sind nun Thema der Politik selbst geworden. Nicht nur in der SPD hat die Diskussion über alternative Verteidigungskonzepte begonnen, an der sich die Friedensforschung beteiligen muß. Wir haben von der Friedensforschung viel über die innenpolitische Dimension der Friedenssicherung gelernt. Gerade jetzt sind Beiträge der Friedensforschung zur Friedenserziehung gefragt. Die Friedensforschung muß heute eine Brücke schlagen zu den Hoffnungen und Utopien der Friedensbewegung und konkrete Schritte zum Frieden aufzeigen.

Die Bundesrepublik Deutschland fand erst spät Anschluß an die internationale Friedensforschung und ist trotz Förderung des Bundes mit bisher etwa 35 Millionen DM eine "verspätete Nation" geblieben. Die Zukunft der DGFK ist infrage gestellt, seitdem auf Druck des bayrischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß die CDU-Bundesländer die DGFK verlassen haben. Es ist bemerkenswert, daß die CDU/CSU die einzige größere Partei in West-Europa ist, die die interdisziplinär organisierte Friedensforschung finanziell austrocknen will und sich kräftig daran beteiligt, den gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit von Friedensforschung zu zerstören.

"Behutsam" gab sich der neue Bundesforschungsminister Dr. Heinz Riesenhuber in seiner ersten Pressekonferenz nach Amtsantritt - allgemein und im besonderen gegenüber der Friedens- und Konfliktforschung. Die "Wende auf leisen Sohlen" gegen die Zukunft der DGFK hat kaum drei Wochen später begonnen. Mit Fernschreiben vom 27. Oktober hat das Bundesministerium für Forschung und Technologie (BMFT) den an der DGFK beteiligten Bundesländern Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Berlin mitgeteilt: "Das BMFT beabsichtigt, im Entwurf des Wirtschaftsplans 1983 der DGFK die Bundesmittel für die Förderung von Einzel- und Gemeinschaftsvorhaben der Friedens- und Konfliktforschung, Verbreitung des Friedensgedankens zu sperren. Damit soll gewährleistet werden, daß bis zum Vorliegen des Gutachtens des Wissenschaftsrats und der daraufhin zu treffenden Entscheidungen über die weitere Förderung der Friedens- und Konfliktforschung keine Fördervorhaben in 1983 neu bewilligt werden."

Die Bundesländer wurden aufgefordert, sich diesem Schritt anzuschließen. Die SPD-Bundesländer haben sich diesem Ansinnen widersetzt und diesen Plan als "im Interesse der Kontinuität der Förderung der Friedens- und Konfliktforschung - auch politisch - nicht für vertretbar" erklärt. Die SPD sieht im Vorgehen des BMFT den Versuch, die Entscheidung über die Zukunft der DGFK schon jetzt negativ zu präjudizieren.



Die SPD-Bundestagsfraktion will mit ihrer Kleinen Anfrage zur Friedens- und Konfliktforschung die Bundesregierung dazu bewegen, ihr künftiges Verhältnis zur Friedens- und Konfliktforschung öffentlich klarzulegen. Die Bundesregierung wird darlegen müssen, ob sie der Strategie von Franz Josef Strauß, die auf eine Zerstörung der unabhängigen Friedensforschung abzielt, folgen will.

Für die Sozialdemokratische Partei gilt gemäß Beschluß des Münchener Parteitags:

- Wir brauchen weiterhin eine besondere Förderung der Friedens- und Konfliktforschung aus öffentlichen Mitteln, weil dieser Forschung eine zunehmende gesellschaftliche Bedeutung zukommt.
- Die Förderung muß durch eine unabhängige Institution erfolgen, die wie die DGFK der Mitwirkung gesellschaftlicher Gruppen offensteht. Die Friedensforschung braucht den Dialog und die Distanz zur Politik, um auch weiterhin "Provokation an die Adresse der Politik und Gesellschaft" bleiben zu können.
- Ein Schwerpunkt der DGFK muß nach wie vor die Projektförderung - die heute in enger Zusammenarbeit mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft erfolgt - bleiben. Insbesondere muß durch Förderung und Zusammenarbeit die Weiterarbeit der Friedensforschungsinstitute in Frankfurt und Hamburg gesichert werden.

Wir Sozialdemokraten "dürfen es nicht zulassen, daß eine wissenschaftliche Disziplin, von der viel für die Zukunft abhängen kann von solchen in Acht und Bann getan wird, denen sie einfach nicht in ihr Weltbild paßt" (Gustav Heinemann).

(-/15.11.1982/ks/va)

+ + +



Rechtsextremistische Warnungen

Das Strafrecht gegen ein Leugnen des Völkermordes einsetzen

Von Manfred Schmidt MdB

Stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Rechtswesen der SPD-Bundestagsfraktion

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat den Gesetzentwurf eines 21. Strafrechtsänderungsgesetzes, welches bereits von der letzten sozialdemokratischen Bundesregierung beschlossen worden war, erneut als eigene Gesetzesinitiative in den Bundestag eingebracht.

Sie hat dies getan, weil zu befürchten ist, daß nach der von den CDU/CSU-regierten Ländern im Bundesrat durchgesetzten negativen Stellungnahme zur Einführung eines Tatbestandes des Leugnens oder Verharmlosens des nationalsozialistischen Völkermordes ("Auschwitz-Lüge") mit einer zügigen Behandlung dieses Gesetzes durch die Bundesregierung nicht mehr gereicht werden kann. Angesichts in jüngster Zeit zunehmender rechtsextremistischer Aktivitäten und neonazistischer Propaganda hält es die SPD-Bundestagsfraktion für dringend erforderlich, hier schnell und wirkungsvoll - auch mit den Mitteln des Strafrechts - zu reagieren. Zwar hat sich Bundesjustizminister Engelhard im Bundesrat für die Regierungsvorlage eingesetzt, es erscheint jedoch fraglich, ob er sich gegen die CDU/CSU durchsetzen wird.

Die Einbringung des Gesetzentwurfs durch die SPD-Fraktion hat daher zum Ziel, noch in dieser Legislaturperiode eine 1. Lesung im Bundestag und die Beratung im Rechtsausschuß sicherzustellen. (-/15.11.1982/ks/va)

+ + +



Findet Behindertenpolitik künftig noch statt?

Sozialpolitische Sicherungen müssen verteidigt werden

Von Hermann Buschfort MdB

Das Aktionsprogramm zur Rehabilitation der Behinderten in den 70er Jahren ist von der sozialliberalen Bundesregierung unter Helmut Schmidt für die 80er Jahre fortgeschrieben worden. Als begleitende Maßnahme hatte sie das Amt des Beauftragten für die Belange der Behinderten geschaffen und damit die besondere Bedeutung unterstrichen, die sie der Behindertenpolitik einräumte. Aus der Zusammenarbeit mit den Organisationen der Behinderten, der Wohlfahrtsverbände und der Kirchen hatten sich einige Schwerpunkte herausgebildet, die vorrangig zu lösen sind:

- Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Behinderter, wobei durch Verbesserung der Rahmenbedingungen, wie zum Beispiel Änderung des Schwerbehindertengesetzes, ein wichtiger Beitrag zu leisten ist;
- Verbesserungen im Bereich der Vorsorge, Früherkennung und Frühbehandlung durch mehr Aufklärung der Bevölkerung sowie Erhaltung und Ausbau sozialpädiatrischer Zentren und ortsnaher Beratungsdienste;
- für Schwerbehinderte offene dezentrale Wohneinrichtungen an Stelle geschlossener Einrichtungen, soweit eine angemessene Betreuung in der neuen Wohnform möglich ist;
- Verbesserung der Mobilitätsbedingungen von Schwerstbehinderten, zum Beispiel durch behindertengerechte Gestaltung von Verkehrseinrichtungen;
- Verstärkung der Hilfen für Familien mit Behinderten durch den weiteren Ausbau von mobilen sozialen Hilfsdiensten, individuelle Betreuung durch Zivildienstleistende und Einrichtung von Tagesförderstätten;
- Neuordnung des Entlohnungswesens in Behindertenwerkstätten.

Auf diese Problemkreise habe ich immer wieder hingewiesen und sie zu meinen Arbeitsschwerpunkten gemacht, so daß sie auch den Politikern der CDU/CSU und FDP bekannt sein müssen. Dennoch mußte ich bei Durchsicht der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU/CSU und FDP leider feststellen, daß die Sorgen der Behinderten künftig offensichtlich unter den Tisch fallen sollen. So enthält dieses Koalitionspapier an keiner Stelle das Wort "Behinderte". Für mich ist dies gerade im Anschluß an das Internationale Jahr der Behinderten absolut unverständlich und enttäuschend. Schließlich haben auch CDU/CSU-Politiker versprochen, die Situation unserer behinderten Mitbürger zu verbessern.

Auf einer Zusammenkunft mit den Vorsitzenden der Arbeitsgruppen der Nationalen Kommission für das Internationale Jahr der Behinderten 1981 wurde mir einhellig bestätigt, daß die von mir genannten Schwerpunkte zur Behindertenpolitik die richtigen seien und auf diesem Wege fortgeschritten werden sollte. Ich appelliere deshalb an die neue Bundesregierung, diesen Kurs weiterzuverfolgen und auch in Zukunft der Behindertenpolitik einen vorrangigen Stellenwert einzuräumen.

Ob dieser Appell gehört wird oder ob man ihn überhaupt hören will, bezweifle ich sehr. Die Behinderten haben es nicht verdient, Opfer der neuen konservativen Leistungsgesellschaft zu werden. Sie bedürfen nach wie vor unserer Hilfe und Betreuung. Die Verteidigung ihrer sozialpolitischen Sicherungen ist daher das Gebot der Stunde.

(-/15.11.1982/ks/va)

+ + +



Viele, viele Frauen setzen auf die SPD

Die Sozialdemokratie muß freilich auch hellhörig sein

Von Brunhilde Peter MdL
Mitglied im AsF-Bundesvorstand

Politik für Frauen steht schon lange und immer wieder in den Programmen und Beschlüssen der SPD - von Bebel bis zum Godesberger Programm, im Orientierungsrahmen '82 und in den Beschlüssen des Münchener Parteitages. Sozialdemokraten haben auch viel für Frauen getan. Die Änderung des Paragraphen 218, der Versorgungsausgleich, der Mutterschaftsurlaub sind Regelungen, die nach zum Teil jahrzehntelangen Kampf verwirklicht worden sind.

Eins ist noch nicht gelungen: Die Selbstverständlichkeit der Teilung von Macht in allen Bereichen - in der Partei, in der Wirtschaft, in der Gesellschaft allgemein. Die Zahl der weiblichen Bundestagsabgeordneten wird weniger, weibliche Parteitage-delegierte schwanken noch immer so um die zehn Prozent, in den Regierungen findet sich die (tüchtige) Alibiministerin. Viele Frauen hoffen weiter auf die SPD. Die große Zahl der Neueintritte zeigt das.

Heute verlangen die Frauen von Politik und Gesellschaft Antwort auf die Frage, wie die Zukunft von Männern und Frauen in Familie, Haushalt, Erziehung, Beruf und Politik gemeinsam gestaltet werden kann. Nach jahrelangen Entwicklungen gibt es heute einen stärkeren Willen zur Durchsetzung eigener, als notwendig erkannter Vorstellungen. Deutlich geworden ist das bei der Anhörung der Bundesregierung zum Gleichstellungsgesetz in Bonn.

Was ist dort passiert, was in den Protokollen nicht zu finden ist? Frauen aller Gruppierungen (Deutscher Frauenrat mit zahlreichen Mitgliedsverbänden, Feministinnen, Parteifrauen, DGB-Frauen) haben erfahren und gemeinsam ausgesprochen,

- daß sie lange genug Sachfragen der Politik für Frauen, zum Beispiel Familienpolitik, Arbeitsmarktpolitik, selbst erarbeitet haben,
- daß sie dabei Sachkompetenz und Begründung für ihre Forderungen gewonnen haben,
- daß sie - auch bei Einzelabweichungen untereinander - einen großen gemeinsamen Handlungsbedarf für ihre Anliegen gefunden haben und
- daß die Übereinstimmungen zwischen ihnen zum Teil größer sind als gegenüber den Verbänden, aus denen sie kommen.

Spätestens hier müssen politische Parteien gegenüber der Frauenfrage hellhörig werden, denn in allen Bereichen schließen sich Frauen zusammen, bilden sich Frauengruppen: In der Jugendorganisation "Die Falken", bei den Telefonseelsorgen, in Hochschulen wie in Rundfunkanstalten, in Stadtteilen und in Beratungseinrichtungen.

Politik für Frauen erledigt sich nicht automatisch durch allgemeine Problemlösungen. Sie betrifft zwar alle Bereiche, ist Gesellschaftspolitik, aber mit jeweils eigenem Akzent.

- So löst Arbeitsmarktpolitik nicht automatisch die Arbeitsmarktprobleme der Frauen: Sonst könnten nicht bei niedriger Erwerbsquote der Frauen diese fast die Hälfte der Arbeitslosen stellen.
- Ausbildungspolitik hat nicht automatisch die Ausbildungsprobleme der Mädchen gelöst. Das Engagement der sozialliberalen Koalition hat sie zwar sehr erleichtert, aber auch



gerade die besonderen Defizite deutlich gemacht. (Beispiel Saarland August '82: 2.000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, davon 1.300 Mädchen, 600 davon mit mittlerem oder höherem Schulabschluß.)

- So hat die Erhöhung der Zahl der Sitze in den Parlamenten nicht selbstverständlich den Anteil der Frauen dort erhöht. 30 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes sind noch immer besondere Regelungen notwendig. Die sozialliberale Koalition hat dabei auf die Zukunft gesetzt. Wie der Versorgungsausgleich bei der Scheidung den Frauen einen Anteil an der Rente des Mannes sichert und das arbeitsrechtliche EG-Anpassungsgesetz die Nachteile beim Zugang zum Beruf, beim Aufstieg, und so weiter verbessern soll, so soll ein Gleichstellungsgesetz weitere Defizite in der Arbeitswelt abbauen.

Frauen haben gelernt, daß auf ein einmal geschaffenes Problembewußtsein in der Gesellschaft kein dauerhafter Verlaß ist, schon garnicht bei zurückgehenden Finanzen. Die Nachteile der Sparmaßnahmen sind für Frauen überdurchschnittlich hoch.

- Schülerbafög: 60 Prozent Fachschüler und Fachoberschüler sind Mädchen.
- Kürzung der AB-Maßnahmen: Das Engagement der Frauen in Frauenhäusern und in sozialen Einrichtungen wird zum Teil unmöglich gemacht.
- Die Leistungen des Arbeitslosengeldes wurden auf die vorausgegangene Beschäftigungsdauer abgestellt: Frauen mit Kindern waren viel kürzer im Erwerbsleben oder versuchen die Wiedereingliederung nach Erziehungsjahren. Das ist fast unmöglich gemacht.

Frauen haben aus ihrer jahrhundertalten Rollenzuweisung, aus ihrer Geschichte und Erziehung soziale und kulturelle Eigenschaften entwickelt, die sie - als Gruppe - bewußt in die Politik einbringen wollen, zum Beispiel Unmittelbarkeit auch eingestandene Unsicherheit, emotionale Betroffenheit.

Nicht: Frauen als bessere Menschen, aber Menschen mit anderem Erfahrungshintergrund.

- Das ist deutlich geworden beim besonders engagierten Eintreten der IG-Metall-Frauenkonferenz zur Verkürzung der täglichen Arbeitszeit.
- Das ist deutlich geworden beim Verhalten der FDP-Frauen in Bonn. Deren gradliniges Verhalten wurde von vielen Politikern, auch von Helmut Schmidt, gelobt. Nur: das war kein Zufall, sondern folgerichtig. So folgerichtig wie die Tatsache, daß bei den Grünen jeder zweite Landtagskandidat eine Frau ist (und so folgerichtig wie das Engagement der Frauen in der Friedensbewegung).

Denn anders als bei großen Parteien können in kleineren politischen Gruppierungen mit überdurchschnittlich gut ausgebildeten, deshalb selbstbewußteren und politisch engagierten Frauen diese ihr Bewußtsein und ihre Handlungsweise deutlicher in die Politik einbringen. Mitgliederstarke Parteien wie die SPD haben ein größeres Bewußtseins- und Informationsgefälle auszugleichen, das längere Zeit braucht. Aber der Prozeß in ihnen ist derselbe.

Noch einmal: Daß muß die SPD hellhörig machen und sich in Verhalten umsetzen. Denn Politik für Frauen zu berücksichtigen, steht nicht mehr im Belieben der gesellschaftlichen Gruppen und der Politiker. Viele Millionen Familienmütter und zehn Millionen erwerbstätige Frauen bedeuten immer mehr eine Gegenmacht, die sich zum Beispiel das Babyjahr als rentensteigernde Anerkennung der Erziehungszeiten und die tägliche Arbeitszeitverkürzung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf erkämpfen wollen.

Die Hoffnungen der Frauen gehen zum Bündnispartner SPD. Deshalb muß im kommenden Wahlkampf zu den Themen Arbeit, Umwelt, Frieden das Stichwort "Politik für Frauen" kommen.

(-/15.11.1982/ks/va)

+ + +

